Landtag Nordrhein-Westfalen
Herrn Johannes Rimmel
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Bündnis 90 / Die Grünen
Fraktion im Rat der Stadt Dinslaken
Wilhelm-Lantermann-Straße 55
46535 Dinslaken
☎ 0 20 64 / 1 52 48
📠 0 20 64 / 73 38 30
e-mail: fraktion@gruene-dinslaken.de
Ansprechpartnerin: Petra Schmidt-Niersmann,
Tel. 0211-9372865

06.01.2009

Antrag an die Landtagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Rimmel, lieber Johannes,

die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Rat der Stadt Dinslaken nimmt Bezug auf die Informationsveranstaltung des Ortsverbandes Dinslaken am 19. November 2008 und beantragt, die grüne Landtagsfraktion möge eine Kleine Anfrage an die Landesregierung stellen zur Feinstaubproblematik in Dinslaken.

Hierzu mögen die folgenden Informationen als Hintergrundinformation hilfreich sein:

Allgemeine Vorbemerkungen:

Die Feinstaubbelastung ist eines der dominanten Problembereiche im Immissionsschutz der letzten Jahre. Die Feinstaubpartikel gefährden wesentlich stärker die Gesundheit der Bevölkerung, als dies in den Anfängen des luft- und abluftbezogenen Umweltschutzes für die in ihrer Masse vorherrschenden Schadstoffe wie SO₂, NO_x und Grobstaub gesehen wurde.

Die EU-Kommission hat mit der frühzeitigen Regelung der Feinstaubproblematik Druck auf die Mitgliedsstaaten ausgeübt. Die Feinstaubrichtlinie wurde in Deutsches Recht überführt.

Die Hauptemittenten im Feinstaub in industriellen Geschehen sind inzwischen auch identifiziert. Es gibt zur Überwachung der Feinstaubrichtlinie eine Vielzahl von Überwachungsstationen in NRW. Die Regelung der Feinstaubproblematik ist jedoch nicht nur eine nachsorgende Richtlinie, die der emittierenden Industrie und dem Gewerbe Auflagen und Emissionsgrenzen auferlegt, sondern die Feinstaubrichtlinie hat auch eine gesundheitliche Vorsorge gegenüber der Bevölkerung zum Inhalt.

Aus diesem Grunde findet eine großflächige Überwachung der Überschreitung der Grenzwerte der Feinstaubrichtlinie statt. Bei einer zeitlich häufigeren Überschreitung als in der Richtlinie vorgesehen zwingt die EU-Gesetzgebung und die in nationales Recht überführte Regelung die staatlichen Stellen dazu, eine die absolute Menge der Feinstaubbelastung mindernde Maßnahme einzuleiten.

Situation in Dinslaken:

Die Messungen der Feinstaubbelastung in der Stadt Dinslaken ergaben häufigere Überschreitungen als die Feinstaubrichtlinie pro Jahr erlaubt. Die Stadt Dinslaken ist von mehreren großen industriellen Feinstaubquellen umgeben. Dazu zählen mehrere Kohlegroßkraftwerke im Umfeld der Stadt und der Nachbarstadt Voerde, hinzu kommen die Industrieanlagen zur Stahlerzeugung und Kokereianlagen in Duisburg. Zusätzlich zu diesen Schornstein getragenen Industrieemissionen gibt es Halden als Entsorgungsanlagen sowohl aus dem Bergbau als auch der Reststoffe der Eisen- und Stahlerzeugung. Die Anlage und der Betrieb von Halden stellt eine kontinuierliche Feinstaubquelle dar. Der Feinstaub, der aus dem Haldenbetrieb herrührt, enthält zudem Schwermetalle, die nicht aus den Schornstein-gebundenen Emissionen ausgetragen werden.

Vor dem Hintergrund dieser lokalen und allgemeinen Gegebenheiten wären folgende Fragen zu klären:

1. Ist es zur Sachaufklärung, d.h. der Identifizierung der eigentlichen Verursacher der hohen Feinstaubbelastung im Stadtgebiet der Stadt Dinslaken nicht angezeigt, die Messstation zu versetzen und nacheinander die Feinstaubbelastung aus der Hauptemissionswindrichtung der jeweiligen Kohlekraftwerke in Richtung des Stadtgebietes der Stadt Dinslaken differenziert zu messen und damit eine verursacherbezogene Aufklärung zu ermöglichen?
2. Ist es nicht angezeigt, durch Versetzung der Messstation den Teilstrom der Feinstaubbelastung, der aus dem Haldenbetrieb der Firma Thyssen-Krupp-AG entsteht, zu identifizieren?

Die Firma Thyssen-Krupp-AG beabsichtigt die Errichtung einer neuen Mineralstoff-Deponie für die Entsorgung der Reststoffe aus der Stahlproduktion, d.h. einschließlich der giftigen Gichtgasstäube auf den bisher errichteten Halden im Süden des Stadtgebietes der Stadt Dinslaken.

3. Ist die Errichtung einer Mineralstoffdeponie mit einer zu erwartenden hohen Feinstaubemission in Nähe der Stadt Dinslaken genehmigungstechnisch überhaupt zulässig, bei Berücksichtigung der bisher schon hohen nachgewiesenen Vorbelastung im Stadtgebiet?
4. Gibt es eine Planrechtfertigung für eine Planfeststellung einer Mineralstoffdeponie im Stadtbereich der Stadt Dinslaken unter Berücksichtigung des vorhandenen und nachgewiesenen Deponieraumes im Regierungsbezirk Düsseldorf und weiträumiger in NRW?

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

Petra Schmidt-Niersmann